

„Berliner Käseglocke“ versus „Hannoveraner Verhältnisse“?

Eine vergleichende Untersuchung der Beziehungen von Politik und Journalismus auf Bundes- und Länderebene

Olaf Hoffjann / Michael Lohse

In der Medienaffäre um Christian Wulff sind vielfach die Unterschiede in den Beziehungen zwischen Politik und Journalismus auf Bundes- und Landesebene diskutiert worden. Diese Unterschiede sind in der umfangreichen wie vielfältigen Forschung zu den Beziehungen von Medien bzw. Journalismus und Politik noch eine weitgehende Leerstelle. In dem vorliegenden Beitrag werden diese Unterschiede zwischen Bundes- und Landesebene mit dem systemtheoretischen Konzept der strukturellen Kopplung beschrieben. Eine solche Perspektive bietet insbesondere den Vorteil, dass sie verschiedene Makro-Ansätze zur Beschreibung der Machtverhältnisse wie z. B. die Übermachts-, Instrumentalisierungs-, Interdependenz- und Interpenetrationsthese integrieren kann. Dazu werden die Abhängigkeit und Autonomie des Journalismus, die Steuerungskompetenz und das journalistische Rollenselbstverständnis sowie die Erwartungen der Politik näher beleuchtet. In einer Onlinebefragung wurden Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie aller Landtage und der Bundespressekonferenz sowie aller Landespressekonferenzen befragt (N=1.026). Während die wenigen vorliegenden und oft anekdotischen Beschreibungen den – pointiert formuliert – friedlichen und geruhsamen Beziehungen auf Landesebene eine hektische und rücksichtslose Bundesebene gegenüberstellen, führt die Untersuchung zu einem weitgehend anderen Bild: Die Beziehungen zwischen Politik und Journalismus auf Bundes- und Landesebene weisen – jenseits der eingesetzten Ressourcen – nur geringe Unterschiede auf.

Schlüsselwörter: Medien-Politik-Verhältnis, Vergleich Bund- und Länderebene, Systemtheorie, Befragung

1. Einleitung

In der Medienaffäre um Christian Wulff war vielfach von den besonderen „Hannoveraner Verhältnissen“ die Rede (von Lucius 2011), die durch einen distanzloseren Umgang von Politikern, Journalisten und anderen gesellschaftlichen Elite-Akteuren geprägt seien als in vielen anderen Landeshauptstädten und insbesondere in der Bundeshauptstadt. Die Unterschiede zwischen Landes- und Bundesebene beschrieb Kister (2012: 4) in der *Süddeutschen Zeitung*: Auf Landesebene

„ist die Opposition behäbiger, die Presse freundlicher, und die Leute sind angenehmer. In der Bundespolitik aber, auf der großen, grell ausgeleuchteten Bühne, ist das anders. Da wird gewählt, intrigiert, durchgestochen. [...] in jeder Partei finden sich Dutzende, die einem ‚völlig vertraulich‘ Tatsachen und noch lieber Gerüchte über Parteifreunde aufzischen; Journalisten enthüllen mehr als Staatsanwälte, und manchmal auch Dinge, die nicht stimmen. ‚Leben und leben lassen‘, wie das in alten Bonner Zeiten war (und noch in mancher Landeshauptstadt so ist), gilt nicht mehr. Das Motto des Konkurrenz-, aber auch des Wahrheitskampfes lautet, um mit James Bond zu sprechen: Live and let die.“

Diese Unterschiede zwischen der Bundes- und der Landesebene sind in der umfangreichen wie vielfältigen Forschung zu den Beziehungen von Journalismus und Politik

(Pfetsch 2014a: 3) eine weitgehende Leerstelle. Dies überrascht, da heute zahlreiche theoretische Modellierungen zu den Beziehungen ebenso vorliegen wie eine Vielzahl empirischer Studien zur Bundespolitik einerseits und zur Landespolitik andererseits. In dem vorliegenden Beitrag werden die Unterschiede zwischen Bundes- und Landesebene mit dem systemtheoretischen Konzept der strukturellen Kopplung beschrieben. Eine solche Perspektive bietet den Vorteil, dass sie nicht nur verschiedene Makro-Ansätze zur Beschreibung der Machtverhältnisse integrieren kann (Marcinkowski/Bruns 2004: 489), sondern auch einen theoretischen Rahmen für Fragen auf der Mesebene anbietet. Auf dieser Basis werden die Unterschiede zwischen den Beziehungen von Medien, bzw. besser dem Journalismus, und der Politik auf der Landes- und Bundesebene beschrieben. Dazu werden die Abhängigkeit und die Autonomie des Journalismus, die Steuerungskompetenz und das journalistische Rollenselbstverständnis sowie die Erwartungen der Politik näher beleuchtet.

In einer Onlinebefragung wurden Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie aller Landtage und der Bundespressekonferenz sowie aller Landespressekonferenzen befragt. Dabei werden die Beziehungen von Politik und Journalismus in der Studie vornehmlich durch eine kommunikationswissenschaftliche Perspektive beschrieben, ohne dass politikwissenschaftliche und hier insbesondere demokratietheoretische Fragen ausgeblendet würden (s. dazu Sarcinelli 2009: 13).

2. Theoretischer Hintergrund und Stand der Forschung

2.1 *Theoretische Ansätze zu den Beziehungen von Journalistik und Politik*

Das Forschungsfeld zu den Beziehungen von Journalismus und Politik ist eines der am intensivsten bearbeiteten Forschungsthemen in der deutschen Kommunikations- und Politikwissenschaft. Die Relevanz der Frage ist insbesondere in zwei normativen Fragestellungen begründet: Ist der Journalismus unabhängig genug, um die ihm von vielen zugewiesene Kritik- und Kontrollaufgabe zu erfüllen? Und umgekehrt: Wie eigenständig kann Politik noch in einer Mediengesellschaft agieren? Eine solche normative Ausgangslage führt dann zu Fragen „nach dem angemessenen Verhältnis von Nähe und Distanz, von Autonomie und Abhängigkeit, von Vertrauen und Misstrauen, von Verständigung und Vereinnahmung, von Erwartungen und Erwartbarkeiten“ (Hoffmann 2003: 11-12). Die vielfältigen Forschungsperspektiven umfassen die Mikro-, Meso- und Makroperspektive und haben zu einem enormen Theorien- und Methodenpluralismus geführt.

Im Zentrum der Debatte steht bis heute die primär auf der Makroebene verortete Frage nach dem „Machtverhältnis“ zwischen Journalismus und Politik (s. zum Überblick Jarren/Donges 2011; Baugut/Grundler 2009). Dies beginnt bei den Ansätzen, in denen entweder eine Dominanz der Politik bzw. politischer PR (z. B. Baerns 1991) oder der Medien bzw. des Journalismus (z. B. Kepplinger 1999; Meyer 2001, 2015) unterstellt wird. Die Argumente der einen Seite können als Kritik an der anderen Seite verstanden werden und schwächen damit die Argumentation beider Perspektiven: Während politische PR in Routinesituationen recht erfolgreich zu sein scheint, ist ein intensiv recherchierender Journalismus insbesondere in Ausnahmesituationen wie Krisen oder Wahlkämpfen zu beobachten (z. B. Barth/Donsbach 1992).

Diese einseitige Perspektivierung wird in Ansätzen überwunden, in denen die Reflexivität der Beziehungen im Mittelpunkt steht. Eine solche Perspektive ist erstmals mit dem Interdependenzansatz eingeführt worden, der sich vor allem für die gegenseitigen Abhängigkeiten interessiert hat (z. B. Saxer 1981). Diesen hat der Interpenetrationsan-

satz mit der wechselseitigen Durchdringung um eine aktive Rolle erweitert. So sehr der Interpenetrationsansatz die Diskussion in den vergangenen Jahren prägte, so sehr unterscheiden sich die Autoren in ihrem Verständnis der Interpenetration. Dies ist insbesondere in der jeweiligen gewählten sozialtheoretischen Perspektive begründet. In seiner strukturfunktionalistischen Lesart der Systemtheorie à la Parsons bzw. Münch geht Hoffmann (2003) ähnlich wie Plasser (1985) davon aus, dass Journalismus und Politik zumindest teil- bzw. zeitweise in einem System aufgehen. Damit modelliert er eine gemeinsame Interpenetrationszone als ein soziales System, das „mittels eigenständiger, operativer Regeln dauerhaft zur Problemlösung mindestens zweier Muttersysteme beiträgt“ (Hoffmann 2003: 53). Hingegen gehen Choi (1995) auf derselben theoretischen Grundlage und Jarren/Donges (2011) auf einer strukturationstheoretischen Basis vage von Überlappungen zwischen Systemen aus, die aber noch „als Teile eines jeweiligen Muttersystems“ (Münch 1992: 341) zu verstehen sind. In einer funktionalstrukturalistischen Lesart der Systemtheorie à la Luhmann wird die autopoietische Operationsweise der sozialen Systeme nicht verletzt, Interpenetration wird hier als Spezialfall struktureller Kopplung verstanden, in der beide Systeme existenziell aufeinander angewiesen sind (z. B. Löffelholz 2004: 480).

In der Studie soll das allgemeinere Konzept der strukturellen Kopplung genutzt werden. Hierfür sprechen insbesondere vier Gründe. Erstens ist das Konzept der strukturellen Kopplung in der Lage,

„die empirischen Konsequenzen mehrerer spezieller Vorläufer-Theorien in seine[n] Aussagenbereich einzugliedern. [Es] ist jedenfalls mit den von der „Instrumentalisierungsthese“ erfassten empirischen Phänomenen ebenso vereinbar wie mit denen der ‚Übermachtthese‘ und liefert darüber hinaus noch den Interpretationsrahmen für diverse Beobachtungen ‚symbiotischer Kooperation‘ zwischen Politik und Publizistik“ (Marcinkowski/Bruns 2004: 489).

Zweitens trägt eine systemtheoretische Perspektive der Ausgangsvermutung Rechnung, dass Politik und Journalismus zwei autopoietische Systeme sind. Drittens bietet das Konzept struktureller Kopplung im Vergleich zu den anderen genannten Ansätzen einen allgemeineren und voraussetzungsloseren Rahmen, um die Intersystembeziehungen zwischen Politik und Journalismus untersuchen zu können. Wenn die Untersuchung zeigen sollte, dass Politik und Journalismus existenziell aufeinander angewiesen sein sollten, könnte man von einer Interpenetration als Spezialfall einer strukturellen Kopplung sprechen (Löffelholz 2004: 480). Viertens bietet die Systemtheorie mit ihrem weitverzweigten Theoriegebäude zu gesellschafts- und organisationstheoretischen Fragen gleichermaßen Antworten an und ermöglicht dadurch leichter Anschlussmöglichkeiten in verschiedene Richtungen. Dieser Vorteil besteht insbesondere gegenüber dem Konzept der politischen Kommunikationskultur (z. B. Pfetsch 2003; 2014b), das grundsätzlich auch für die vorliegende Fragestellung geeignet wäre, da damit insbesondere in einer komparativen Perspektive die Politik-Journalismus-Beziehungen auf unterschiedlichen Ebenen verglichen werden können.

Diesen Vorteilen einer systemtheoretischen Perspektive und konkret des Konzeptes der strukturellen Kopplung steht der Nachteil gegenüber, dass es „theoretisch weniger informativ“ (Scholl/Weischenberg 1998: 134) sei. Ähnlich kritisiert Merten, dass der Ertrag dieses Ansatzes noch eher unbefriedigend sei, weil das Konzept der strukturellen Kopplung sehr abstrakt sei und konkrete Argumentationslinien noch nicht zu gewinnen seien (Merten 2004: 26). Aus diesem Grund wird in dem Beitrag das grundlegende Konzept der strukturellen Kopplung u. a. durch steuerungstheoretische Überlegungen ergänzt (Kap. 3).

2.2 Forschungsstand zu den Unterschieden der Journalismus-Politik-Beziehungen auf Bundes- und Länderebene

Nachdem die Bundesländer von der Politikwissenschaft lange Jahre vernachlässigt wurden, sind sie in der politischen Kommunikationsforschung in den vergangenen Jahren zunehmend intensiver erforscht worden. Zunächst standen die Besonderheiten von Landtagswahlkämpfen in Abgrenzung zur Bundesebene im Mittelpunkt (z. B. Marcinkowski/Nieland 2002), in jüngerer Zeit gab es insbesondere auf Landesebene eine Reihe von Befragungen von Landtagsabgeordneten (z. B. Marx 2009; Tenscher 2011), in denen mit unterschiedlichen theoretischen Konzepten Anpassungsprozesse an die Medien untersucht wurden. Die Unterschiede zwischen der Bundes- und Landesebene hat für die Seite der Politik – zumindest am Rande – lediglich Pontzen (2006, 2013) untersucht. Wegen dieser unbefriedigenden Situation werden im Folgenden auch Studien herangezogen, in denen jeweils nur die Bundes- bzw. Landesebene untersucht wurde.

Die Unterschiede zwischen der Bundes- und Landesebene werden sowohl auf der Medien- als auch auf der Politikseite verortet. Auf Seiten der Medien beschränken die deutlich weniger ausdifferenzierten Medienlandschaften in den Ländern die Möglichkeiten der Politiker.

„Während in Berlin mit seiner Vielfalt von Fernseh- und Rundfunksendern und nationalen und internationalen Zeitungsredaktionen und -dependancen ein stets aktiver, aber oft auch unkalkulierbarer Resonanzboden alle möglichen politischen Signale begierig aufgreift und verstärkt, herrschen im Blick auf die landespolitische Berichterstattung in Mainz – aber durchaus nicht nur hier – eher überschaubare und beschauliche Verhältnisse.“ (Mielke 2003: 90)

Allgemein stehen Landespolitikern „weniger massenmediale Resonanzräume zur Verfügung“ (Tenscher 2011: 378), konkreter sind Regionalzeitungen deutlich wichtiger als TV und Radio (Marcinkowski/Nieland 2002: 111). Die Möglichkeiten der meisten Abgeordneten werden zusätzlich eingeschränkt, da auf Landesebene eine ausgeprägte Exekutivzentrierung zu beobachten ist (Mielke 2003: 89).

Auf Seiten der Politik führt der wenig attraktive Themenhaushalt auf Länderebene zu Unterschieden. So sind Länder eher auf Verwaltungsfragen konzentriert und ähneln damit eher der kommunalen als der bundesstaatlichen Ebene (Lerch 2014: 65). Dies verstärkt ein schleichender Bedeutungs- und Kompetenzverlust der Landespolitik (Marcinkowski/Nieland 2002: 84) zugunsten der Bundes- und europäischen Ebene. Insgesamt führt dies dazu, dass sich Bürger und in der Folge auch die Medien für landespolitische Themen weniger interessieren und die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen deutlich geringer ist (Tenscher 2010: 308).

Angesichts dessen überrascht das Fazit von Marcinkowski/Nieland (2002: 113) bei ihrer Untersuchung des nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampfes nicht: „Die Tendenzen der Medialisierung des politischen Systems [haben] aufgrund politisch-institutioneller und medienspezifischer Besonderheiten auf der Landesebene (noch) nicht mit voller Härte durchgeschlagen“. Wenn man Medialisierung mit Donges (2008) mit den drei Dimensionen „Wahrnehmung“, „Struktur“ und „Kommunikationsleistung“ konkretisiert, können vorliegende Ergebnisse von Abgeordnetenbefragungen entsprechend zugeordnet werden.

In der Wahrnehmungsdimension nahmen Bundespolitiker 2006 einen leicht stärkeren Bedeutungszuwachs der Medien als Landespolitiker wahr (Pontzen 2006: 168). Eine vergleichende Untersuchung zur Strukturdimension gibt es nicht, allerdings lassen Studien zu Landtagsabgeordneten und Bundestagsabgeordneten zumindest für den Indikator „zeitliche Ressourcen“ den Schluss zu, dass Bundespolitiker mehr Zeit in Medi-

enkontakte investieren (Rolke/Metz 2006: 59; Marx 2009: 78). Hinsichtlich der Dimension „Kommunikationsleistungen“ zeigt sich in ähnlicher Weise, dass Bundespolitiker häufiger Pressemitteilungen versenden, mehr Fernseh-Interviews geben und mehr informelle Hintergrundgespräche mit Journalisten führen (Pontzen 2006: 167-168). Insgesamt zeigen die Untersuchungen damit, dass die Medialisierung als *Prozess* auf Bundesebene etwas schneller voranschreitet. Insbesondere die Dimensionen „Strukturen“ und „Kommunikationsleistung“ lassen zudem die Vermutung zu, dass der *Zustand* bzw. das Niveau der Medialisierung (Donges 2008: 45) auf der Bundesebene deutlich ausgeprägter ist.

Da alle genannten empirischen Untersuchungen mit einem – wenn auch theoretisch unterschiedlich fundierten – Medialisierungskonzept arbeiten, haben sie gemeinsam, dass sie ausschließlich unterschiedliche Wahrnehmungen bzw. Anpassungsleistungen auf Seiten der Landes- und Bundespolitik untersuchen. Unterschiede auf der Medien- und Politikseite sind bislang noch nicht untersucht worden. Lediglich Harmgarth (1997) hat neben Landtags- und Bundestagsabgeordneten auch Wirtschaftsjournalisten für das Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik quantitativ befragt, ohne sich allerdings für die Unterschiede zwischen der Bundes- und Landesebene zu interessieren.

Wenn die Unterschiede zwischen Bundes- und Landesebene für den Journalismus und die Politik gleichermaßen in den Blick genommen werden, dann sind dies lediglich an Fallbeispielen orientierte Beschreibungen. Dort bestünde eine „seit Jahren bestehende Konfiguration von wechselseitig verlässlich kalkulierbaren Arbeitsbeziehungen. Sie bietet kaum Raum für überfallartige Hektik und journalistische Überraschungscoups, politische Intrigen, Strippenziehtum und das geheimnisumwitterte Treiben der ‚Spin Doctors‘, wie sie für die ‚Medienszene Berlin‘ kennzeichnend sind.“ (Mielke 2003: 90) Daher sei, so Mielke weiter, von verschiedenen politischen Kommunikationswelten auszugehen, „von denen in Deutschland nur die Kommunikationssphäre der nationalen Politik nach den Regeln und mit der Dynamik der modernen Mediendemokratie funktioniert“ (ebd.: 90).

Die Forschungslage zu den Unterschieden der Journalismus-Politik-Beziehungen auf Bundes- und Länderebene bleibt sehr vage. Insgesamt zeichnet die Forschung das Bild einer weniger medialisierten Landespolitik, die einer deutlich weniger ausdifferenzierten Medienlandschaft in den Ländern gegenübersteht. Die Beziehungen auf Landesebene werden dabei als verlässlicher als im hektischen Berlin beschrieben.

3. Unterschiede der Journalismus-Politik-Beziehungen auf Bundes- und Landesebene: systemtheoretische Beschreibung und Hypothesen

Die Forschungslage zeigt, dass Unterschiede zwischen der Landes- und Bundesebene lediglich für die politische Seite untersucht wurden. Damit konnte lediglich das Niveau bzw. der Prozess der Medialisierung in Ansätzen untersucht werden. In der Studie soll diese „Halbierung“ überwunden und dazu auch der Journalismus in den Blick genommen werden.

Forschungsfrage: Wie unterscheiden sich die Politik-Journalismus-Beziehungen auf der Bundes- und Landesebene?

Als forschungsleitender Rahmen sollen dabei eine systemtheoretische Perspektive und hier insbesondere das Konzept der strukturellen Kopplung genutzt werden. Dazu sollen die Politik-Journalismus-Beziehungen im Folgenden aus einer systemtheoretischen Perspektive beschrieben werden. Innerhalb dieses theoretischen Rahmens und auf Basis der Forschungslage zu den Unterschieden der Politik-Journalismus-Beziehungen zwischen

der Bundes- und Länderebene sollen Hypothesen aufgestellt werden. Während die Systemtheorie insgesamt nicht empirisch überprüft werden kann, können innerhalb des logischen Rahmens durchaus Hypothesen aufgestellt und empirisch überprüft werden (Scholl/Weischenberg 1998: 53).

Das Konzept der strukturellen Kopplung, das von Maturana und Varela (1987) entwickelt und anschließend von Luhmann übernommen wurde, geht im Wesentlichen auf zwei Grundannahmen zurück. Erstens verhindert die autopoietische Operationsweise kognitiver wie sozialer Systeme einen direkten Umweltkontakt (Luhmann 1997: 92; Maturana 1985: 158-159). Umweltsysteme können daher nicht auf die Operationen des fokalen Systems durchgreifen; das fokale System kann allenfalls irritiert bzw. perturbiert werden. Zweitens sind Systeme voneinander abhängig, so dass die Irritationen durch Umweltsysteme und mithin die strukturellen Kopplungen nicht folgenlos bleiben: „Je nach dem, an welche Umweltausschnitte ein System langfristig gekoppelt ist, entwickeln sich im System andere Strukturen – einfach deshalb, weil das System seine Strukturen aus Anlass von spezifischen Irritationen aufbaut und ändert“ (Luhmann 1994: 41).

Für die Beziehungen von Politik und Journalismus heißt dies, dass zunächst von zwei autopoietisch operierenden Systemen Journalismus und Politik ausgegangen wird. Die Politik, so Luhmann (2002: 84), hält die Kapazität zu kollektiv bindendem Entscheiden bereit und operiert mit dem Code „Macht haben“ vs. „keine Macht haben“. Und da nur der Regierende tatsächlich Macht ausübt, ist der Code „Regierung/Opposition“ eine weitere Codierung des politischen Systems, von der wiederum „Regierung“ den Präferenzwert darstellt. Die Autonomie der Politik zeigt sich darin, dass sie sich nur für diese Unterscheidung und damit für die Frage interessiert, wie sie ihre Macht sichern oder künftig gewinnen kann. Der Journalismus wird – in Fortführung vergleichbarer Vorschläge (z. B. Marcinkowski 1993; Kohring 1997, 2016; Görke 1999) – als Leistungssystem des Öffentlichkeitssystems modelliert. Der Journalismus operiert mit dem Primär-code der Öffentlichkeit – kollektive Information vs. keine kollektive Information – sowie dem journalistischen Sekundär-code – aktuell vs. nicht aktuell. Damit liefert er verbindliche Fremddarstellungen und trägt zur Information der Gesellschaft über sich selbst bei (Hoffjann/Arlt 2015: 38).

Strukturelle Kopplungen des politischen Systems gibt es mit der Wirtschaft u. a. durch Verschuldung und Steuererhebung und mit dem Rechtssystem durch die Verfassung (Brodocz 2003: 84-86). Eine weitere Abhängigkeit besteht von der Öffentlichkeit bzw. vom Journalismus, weil die Berichterstattung bzw. die in der Öffentlichkeit diskutierten Meinungen in hohem Maße künftige Wahlchancen beeinflussen. Um solche Abhängigkeiten zuverlässiger abzuarbeiten, haben sich strukturelle Kopplungen ausgebildet. Im Journalismus ist dies der politische Journalismus, in der Politik ist es die politische PR. Einerseits sind sie das „Einfallstor für Fremdreferenz“ (Marcinkowski/Bruns 2004: 494), weil z. B. ein Politik-Journalist auf Dauer Gefahr laufen kann, zu viel Verständnis für die Mechanismen der Politik zu zeigen. Andererseits sind sie als Grenzstelle auch der „Übersetzer“ in die Sprache des zu irritierenden Systems.

3.1 Die gegenseitige Abhängigkeit von Politik und Journalismus

Abhängigkeit ist eine zentrale Voraussetzung struktureller Kopplungen, die vor allem aufeinander gerichtete Erwartungsstrukturen sind. Abhängigkeiten sind darüber hinaus auch Folge struktureller Kopplungen: Abhängigkeitsverhältnisse verstärken aufeinander gerichtete Erwartungsstrukturen, es können sich Programme und Stellen herausbilden, die die Irritationen der anderen Seite zuverlässiger abarbeiten (ähnlich Raupp 2009). Zugleich steigern diese Strukturen wiederum bestimmte Abhängigkeiten (Luhmann

1997: 779). In der Literatur wird bislang für die Bundespolitik eine höhere Abhängigkeit angenommen (z. B. Pontzen 2006). Außerdem wird aufgrund des ausdifferenzierteren Mediensystems auf Bundesebene erwartet, dass bundespolitische Journalisten einen größeren Wettbewerbsdruck wahrnehmen. Dies könnte in der Folge zu einem Unterschied in der Abhängigkeit auf Bundes- bzw. Landesebene führen. Daraus folgen die ersten Hypothesen:

Hypothese 1.1: Die gegenseitige Abhängigkeit von Politik und Journalismus ist auf der Bundesebene höher als auf der Landesebene.

Hypothese 1.2: Bundesjournalisten nehmen einen stärkeren Wettbewerb zwischen den Medien wahr als Landesjournalisten.

Die Abhängigkeit wird für die Seite der Politik mit der zugeschriebenen Relevanz der Medien für den politischen Erfolg bzw. Misserfolg operationalisiert. Hingegen ist die Abhängigkeit des Journalismus von der Politik differenzierter zu operationalisieren. Politik ist z. B. in Bundestagssitzungen und bei Parteitagen gesetzlich zur Öffentlichkeit verpflichtet, so dass Journalisten hier nicht auf das Wohlwollen von Politikern angewiesen sind. Vielmehr wird vermutet, dass sich ihre Abhängigkeit vor allem aus der jeweiligen Konkurrenzsituation mit anderen Redaktionen ergibt, so dass Journalisten auf exklusive Informationen angewiesen sind (Jarren/Röttger 1999: 212). Während die wahrgenommene Konkurrenzsituation auf Bundes- bzw. Landesebene direkt abgefragt wurde, wurde die Abhängigkeit von Informationen, die über die gesetzlichen Veröffentlichungen hinausweisen, mit zwei Indikatoren operationalisiert: Erstens ist dies die Frage, wie wichtig in der alltäglichen Arbeit die Pflege direkter Kontakte zu Politikern, Beamten und Interessenvertretern, die exklusive Informationen ermöglichen, im Vergleich zu anderen journalistischen Tätigkeiten ist. Zweitens ist dies die Relevanz informeller Kontakte.

3.2 *Autonomie von Journalismus und Politik*

Eine Abhängigkeit vom Journalismus führt nicht zwangsläufig dazu, dass sich Politiker an Journalisten orientieren. So kann Abhängigkeit auch zu Reaktanzen führen: Politiker könnten verstärkt auf direkte Bürgergespräche setzen, Journalisten auf investigative Recherche. Daher wurde zusätzlich die Autonomie untersucht. Eine starke Orientierung am Journalismus oder an Interessenvertretungen wäre für die Politik mit einer geringeren Autonomie verbunden, weil die politischen Auswahlkriterien in Konkurrenz zu vielen weiteren treten. Im Gegensatz zur Autopoiesis sozialer Systeme ist ihre Autonomie gradualisierbar (Kohring 2001). Während Autopoiesis das „gemeinsame Organisationsprinzip einer bestimmten Klasse komplexer Systeme“ darstellt (ebd.: 79), zielt Autonomie auf das stets neu auszuhandelnde Verhältnis von Selbst- und Fremdreferenz. Auf der Programmebene sichert Fremdreferenz damit die Offenheit sozialer Systeme gegenüber ihren gesellschaftlichen Umwelten (ebd.: 84). Dazu zählen für die Journalisten z. B. die Orientierung an ihren Publika, an ihren Quellen oder an der Verlagsführung. Normative Bewertungen einer konstatierten Autonomie bleiben schwierig: So kann eine ausgeprägte Selbstbezüglichkeit in der Politik als „Kreisen um sich selbst“ und „Ignorieren des Wählerwillens“, eine dominante Fremdreferenz hingegen als „Populismus“ kritisiert werden.

Tenscher (2011: 390) hat für Landtagsabgeordnete gezeigt, dass für sie das persönliche Bürgergespräch immer noch wichtiger ist als die Präsenz in und Kontakte mit den Medien. Für Bundespolitiker wie für Bundeskorrespondenten hingegen ist zu erwarten, dass sie durch die größere Distanz zum Heimatwahlkreis bzw. zur Heimatredaktion

weniger Kontakte zu ihren Wählerinnen und Wählern bzw. Publika als funktionssysteminterner Umwelt sowie regionalen Parteimitgliedern bzw. Redaktionskollegen als organisationsinternen Bezugsgruppen haben, während sie eine größere Nähe zu funktionssystemexternen Bezugsgruppen haben. Dies führt zur Hypothese:

Hypothese 2: Landespolitik und -journalismus sind autonomer als Bundespolitik und -journalismus.

Selbst- und Fremdreferenz wurden über die Frage operationalisiert, an welchen Bezugsgruppen bzw. Umwelten sich Politiker und Journalisten bei ihrer Arbeit orientieren. Dabei wurde unterschieden zwischen organisationsinternen Bezugsgruppen (für Journalisten z. B. Redaktionskollegen und direkte Vorgesetzte), funktionssystemexternen Bezugsgruppen (für Journalisten z. B. Politiker und die Verlagsführung; Altmeyden/Greck/Kössler 2016) und einer funktionssysteminternen Umwelt, die für Journalisten die Publika und für Politiker Wählerinnen und Wähler sind (ähnlich: Scholl/Weischenberg 1998: 105-122). Journalistische Publika als funktionssysteminterne Umwelt operieren einerseits zwar mit derselben Leitunterscheidung wie Journalisten, andererseits ist das Publikumbild aber „eine in die Selbstreferenz (Kommunikationsabsichten) eingebaute Fremdreferenz (vorgestellte Publikumserwartungen)“ (ebd.: 121). Je weniger sich z. B. Politiker an Kollegen und je mehr sie sich z. B. am Journalismus orientieren, desto weniger autonom operieren sie. Dies kann mit Marcinkowski (1993: 228) als „schleichender Identitätsverlust“ bezeichnet werden.

3.3 Steuerungskompetenz

Die gegenseitige Abhängigkeit von Politik und Journalismus führt dazu, dass jede Seite versucht, die andere zu beeinflussen. Steuerungstheoretisch kann dies als Kontextsteuerung konzipiert werden, was zwar assoziative Bezüge zu Manipulation und Propaganda wecken mag, aber in dem hier verwendeten Verständnis per se weder gut noch schlecht, weder legitim noch illegitim ist (Jarren/Röttger 2009: 38). Im systemtheoretischen Kontext respektiert die Kontextsteuerung die operative Geschlossenheit von sozialen Systemen und versucht stattdessen, die Umweltbedingungen eines Systems so zu verändern, dass dieses qua Selbststeuerung sich in die gewünschte Richtung verändert (Willke 1995). Die Kontextsteuerung setzt folglich Umweltbedingungen, „an denen sich das zu steuernde System in seinen eigenen Selektionen orientieren kann und im gelingenden Fall im eigenen Interesse orientieren wird“ (Willke 1997: 141). Sie knüpft damit auf der Programmebene an die Logik der anderen Seite an und simuliert deren Selektionskriterien. Je besser das steuernde System diese Selektionskriterien kennt, desto erfolgversprechender sind die Steuerungsversuche. Dies geschieht immer auch in einem Trial-and-Error-Verfahren (Willke 1996: 16). Diese Kenntnis der Selektionskriterien kann allgemein als Steuerungskompetenz bezeichnet werden.

Die wenigen vorliegenden Erkenntnisse zur Struktur-Dimension und der Professionalisierungsforschung zur Politikvermittlung (z. B. Tenscher 2003) lassen die Vermutung zu, dass Bundespolitiker u. a. durch die deutlich höhere Mitarbeiterpauschale über mehr Ressourcen verfügen und mehr externe Kommunikationsdienstleister einsetzen als Politiker nachgeordneter Ebenen. All diese Indikatoren sagen jedoch mehr über die Selbsteinschätzung, die zugeschriebene Relevanz der Medien und damit über die auf die Medien gerichteten Bemühungen aus, als darüber, wie gut Politik die andere Seite tatsächlich kennt und versteht. Dies soll für die Politik in Anlehnung an Sarcinellis (2009: 157) „Öffentlichkeitskompetenz“ als Journalismuskompetenz und allgemeiner als Steuerungskompetenz bezeichnet werden. Ist eine solche kompetenzorientierte Per-

spektive bereits für die Politik wenig erforscht, ist sie für die journalistische Seite in der Forschung eine völlige Leerstelle. Aber auch Journalisten werden an den politischen Selektionskriterien der Politik ansetzen, um die Chance zu erhöhen, exklusive Informationen zu bekommen. Da auf Bundesebene eine intensivere Wettbewerbssituation der Medien zu erwarten ist, ist zu vermuten, dass sie durch vermehrte Trial-and-Error-Verfahren diese Selektionskriterien besser kennen. Hier setzt Hypothese 3 an:

Hypothese 3: Die Steuerungskompetenz ist auf Bundesebene größer als auf Landesebene.

Die Steuerungskompetenz wurde in der Untersuchung über die gegenseitige Kenntnis der jeweiligen Selektionskriterien operationalisiert. Je mehr die Relevanzzuschreibungen von Journalisten und Politikern übereinstimmen, desto größer ist die Steuerungskompetenz. Als journalistische Selektionskriterien wurden dazu relevante Nachrichtenfaktoren erhoben (Sarcinelli 2009: 157). Für die Politik wurden Kriterien im Umgang mit Journalisten erhoben. Diese Kriterien regeln den Tausch von (exklusiven) Informationen gegen (gewünschte) Publizität und sind damit Operationalisierungen der politischen Systemlogik. Politiker werden Kriterien bevorzugen, die für ihren Machterhalt bzw. -gewinn von besonderer Relevanz sind. Umgekehrt muss der Journalist wissen, welche „Tauschobjekte“ hoch im Kurs stehen, um potenziell leichter an exklusive Informationen zu gelangen.

3.4 Journalistisches Rollenselbstverständnis und Erwartungen der Politiker

Alle Interaktionen zwischen Journalisten und Politikern sind geprägt von den jeweiligen Erwartungen an die Politik und den Journalismus. Bei den Erwartungen kann zwischen normativen und kognitiven Erwartungen differenziert werden. Man erwartet normativ die Pünktlichkeit von Zügen, zeigt sich aber lernbereit, indem man bei wichtigen Terminen einen früheren Zug nimmt. Erwartungsdifferenzen sind Ausdruck der jeweiligen egoistischen Systemperspektive und zugleich mögliche Ursache für Konflikte zwischen den Systemen. Diese Differenz zwischen der Frage, wie etwas sein sollte und wie man es als gegeben wahrnimmt, führt zu mehreren relevanten Aspekten.

Zunächst ist dies die Diskrepanz zwischen dem Rollenselbstverständnis der Korrespondenten und der Frage, wie sie glauben, dass sie ihre eigenen Ziele realisieren können. Wegen der größeren Distanz der Bundeskorrespondenten zu ihrer Heimatredaktion und ihres höheren Status in der Redaktion wird vermutet, dass sie ihr journalistisches Rollenselbstverständnis besser realisieren können als Landeskorrespondenten. Daraus folgt die Hypothese:

Hypothese 4.1: Berliner Korrespondenten sehen sich stärker als Landeskorrespondenten in der Lage, ihr journalistisches Rollenselbstverständnis zu realisieren.

Umgekehrt haben auch Politiker normative und kognitive Erwartungen an den Journalismus. Da die Beziehungen auf Bundesebene in der Literatur als konfliktreicher beschrieben werden, folgt daraus die folgende Hypothese:

Hypothese 4.2: In der Bundespolitik ist die Diskrepanz zwischen normativ erwartetem und dem tatsächlich beobachteten Journalismus größer als in der Landespolitik.

Und schließlich wurde in der Literatur der Journalismus in den Ländern als weniger investigativ und unkritischer beschrieben als auf Bundesebene (z. B. Mielke 2003). Daraus folgt die Hypothese:

Hypothese 4.3: Während auf Landesebene eher ein service- und informationsorientierter Journalismus beobachtet wird, dominiert auf Bundesebene ein investigativer Journalismus.

Dazu wurden für den Journalismus das Rollenselbstverständnis und die Handlungsrelevanz erhoben. Das Rollenselbstverständnis hat keine direkte Handlungsrelevanz, sondern ist ein Einstellungskonstrukt bzw. die Kommunikationsabsicht, die man als Rolleninterpretation des jeweiligen Inhabers interpretieren kann (Marcinkowski 1993: 101; Scholl/Weischenberg 1998: 161). Dem „Wollen“ des Rollenselbstverständnisses steht die Handlungsrelevanz gegenüber, mit der die Journalisten angeben, ob sie ihre Ziele nach eigener Einschätzung auch realisieren können (ebd.: 162-163). Die Differenzen machen deutlich, wo Journalisten selbst die größten Defizite in ihrer Arbeit erkennen. Dem Rollenselbstverständnis als „Sollen“ und der Handlungsrelevanz als abgeschwächte Form des „Seins“ auf journalistischer Seite entsprechen auf Seite der Politiker normative und kognitive Erwartungen. Normen sind

„kontrafaktisch stabilisierte Verhaltenserwartungen. Ihr Sinn impliziert Unbedingtheit der Geltung insofern, als die Geltung als unabhängig von der faktischen Erfüllung oder Nichterfüllung der Norm erlebt und so auch institutionalisiert wird. Das Symbol des ‚Sollens‘ drückt in erster Linie die Erwartung solcher kontrafaktischer Geltung aus, ohne diese Erwartungsqualität selbst zur Diskussion zu stellen; darin liegt der Sinn und die Funktion des ‚Sollens‘“ (Luhmann 1987: 43).

Kognitive Erwartungen werden im Enttäuschungsfall hingegen geändert – sie stellen damit das „Sein“ dar. Damit wird schnell die „Schizophrenie“ von Erwartungen offenkundig: Politiker können auch nach vielen enttäuschenden Erfahrungen normativ erwarten, dass Journalisten vor allem Ansichten von Parteien oder Regierung bekannt machen sollen. Um aber im politisch-medialen Alltag „überlebensfähig“ zu bleiben, werden sie vermutlich lernbereit sein und ihre Erwartungen an ihre Erfahrungen anpassen. Operationalisiert wurden Rollenverständnis und Handlungsrelevanz bzw. Erwartungen mit den von Saxer (1992: 159) verwendeten Items. Diese Items wurden in Anlehnung an Weischenberg (1995: 111-119; ders./Scholl 1998: 166-177) zu Berichterstattungsmustern als „Gesamtstrategien des Wirklichkeitsbezugs und der Thematisierung“ (Weischenberg 1995: 111) verdichtet. Dazu wurden die Erwartungen den drei Berichterstattungsmustern Informationsjournalismus, unterhaltender Servicejournalismus und investigativer Journalismus zugeordnet.

4. Methode

Die empirische Untersuchung eines sozialen Systems kann durch die Befragung als Methode geschehen, da sie letztendlich eine „Selbstbeschreibung von Beteiligten am System“ (Scholl/Weischenberg 1998: 55) darstellt. Dabei stellen die Akteure eines Systems eine geeignete Quelle zur Beschreibung von personellen, institutionellen und gesellschaftlichen Faktoren dar, da sie strukturell an dieses gekoppelt sind. Das Befragungsergebnis wird durch eine doppelte Transformation (Fragebogen und kritische Rekonstruktion des Rohmaterials) in das Wissenschaftssystem übertragen. Zentral ist dabei, dass die Makroperspektive im Fokus bleibt, was in der Regel durch die Datenaggregation, das Hinzuziehen weiterer Strukturdaten und eine repräsentative Stichprobe erreicht werden kann (ebd. 55-58).

Die Grundlage der folgenden Analyse bildet eine Online-Befragung unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages (MdB) sowie aller deutschen Landtage (MdL) und den Mitgliedern der Bundes- sowie aller Landespressekonferenzen. Die Befragten befassen sich somit beruflich mit der gleichen Thematik (Bundespolitik bzw. Landes-

politik im jeweiligen Bundesland) und haben persönlich miteinander zu tun. Die Landesjournalisten und -politiker werden jeweils in aggregierter Form über alle Bundesländer ausgewiesen, da aufgrund der Untersuchungsergebnisse von relativ homogenen Gruppen ausgegangen wird.¹ Die Vollerhebung hatte den in Tabelle 1 gezeigten Rücklauf.

Tabelle 1: Übersicht Gesamtsample und Rücklauf

	Gesamtsample	Rücklauf	Rücklaufquote
Bundestagsabgeordnete	631	79	12,5 %
Bundesjournalisten	832	156	18,8 %
Landtagsabgeordnete	1.857	462	25,9 %
Landesjournalisten	1.361	329	24,1 %

Die Daten wurden von März bis Juli 2015 in drei bzw. vier Befragungswellen erhoben. Bis zum Ende der Feldphase konnten für die Landesebene und für die Bundesjournalisten Beendigungsquoten erzielt werden, die mit ähnlichen Studien vergleichbar sind. Die Rücklaufquote für die Bundestagsabgeordneten liegen mit knapp 13 Prozent unter anderen Befragungen (z. B. Pfetsch/Mayerhöffer 2011; Pontzen 2013). Dies dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, dass in der vorliegenden Studie die Befragung der Abgeordneten aus (zeit-) ökonomischen Gründen ausschließlich online und nicht in Form einer CATI-Umfrage bzw. schriftlich oder persönlich-mündlich durchgeführt wurde. Zudem zeigen andere Studien, dass die Vielzahl an Befragungen dazu geführt hat, dass die Bereitschaft von Abgeordneten zur Teilnahme an Studien seit Jahren kontinuierlich sinkt (Best et al. 2010: 5). Auch erscheint rückblickend der Befragungszeitpunkt ungünstig: Neben der Verschärfung der griechischen Staatsschuldenkrise, welche die Aufmerksamkeit von Abgeordneten und Journalisten gleichermaßen einforderte, schien das Sicherheitsproblem des Bundestagsservers dazu geführt zu haben, dass die E-Mail mit dem Befragungslink von einigen der Angeschriebenen als Sicherheitsrisiko wahrgenommen wurde.

Hinsichtlich der Frage „Regierung/Opposition“ bildet die Stichprobe zum Zeitpunkt der Befragung die realen Verhältnisse in Landes- und Bundesparlamenten ab. Bei den Fraktionszugehörigkeiten sind CDU/CSU auf Bundesebene um 20 Prozent zugunsten von SPD und den anderen Parteien (außer Bündnis 90/Die Grünen) unterrepräsentiert. Auf Landesebene ist die Union um knapp 10 Prozent zugunsten der anderen Parteien (außer SPD und Bündnis 90/Die Grünen) unterrepräsentiert. Für die befragten Journalisten liegen ähnliche Daten (z. B. Altersstruktur von BPK-Mitgliedern) nicht vor.

1 Die Homogenität wurde überprüft, indem zunächst von der Grundannahme ausgegangen wurde, dass es sich bei Bundesjournalisten und -politikern um jeweils relativ homogene Gruppen handelt. Entsprechend wurde angenommen, dass die festgestellten Standardabweichungen bei den beiden Gruppen als Referenz für das „Normalmaß“ gelten können, mit dem bei der Befragung zu rechnen ist. Entsprechend müssen die Standardabweichungen bei den untersuchten Items der Landesakteure ein ähnlich hohes Maß aufzeigen. Für diese Untersuchung sollen die Standardabweichungen als homogen gelten, wenn die Abweichung von der Referenzgruppe kleiner als 0,25 ist – entsprechend werden die Einschätzungen für die Bewertung von Unterscheidungshypothesen getroffen. Bei den untersuchten Items wurde nur in zwei Fällen eine Heterogenität der Landesakteure festgestellt: Zum einen bei den Journalisten hinsichtlich des medialen Wettbewerbs (Kap. 5.1), zum anderen bei den Landespolitikern hinsichtlich der Orientierung an Unternehmen und Wirtschaftsverbänden (Kap. 5.2).

Somit nähern sich die Umfragedaten an die realen Verhältnisse an, können streng genommen jedoch nicht als repräsentativ gelten. Dies gilt auch für die Frage der Führungsfunktionen: 32,7 Prozent der teilnehmenden Landespolitiker gehörten der Landesregierung bzw. dem Fraktionsvorstand an sowie 20 Prozent der teilnehmenden Bundespolitiker. Es kann also davon ausgegangen werden, dass nicht nur „Hinterbänkler“ befragt wurden, sondern auch Politiker, die im Interesse der Medien stehen. Damit kann die Studie den Anspruch erheben, realistische Einblicke in die Beziehungen von Journalisten und Politikern zu geben. Da die Fragebögen so konstruiert wurden, dass die Struktur und Fragen nahezu identisch waren, können die Daten für die Analyse aufeinander bezogen werden.

5. Ergebnisse

5.1 Die gegenseitige Abhängigkeit von Politik und Journalismus

Die Abhängigkeit des Journalismus von der Politik ist mit zwei Indikatoren operationalisiert worden.² Zunächst ist dies die Relevanz direkter Gespräche insbesondere mit Politikern. Dazu haben die Korrespondenten zehn redaktionelle Tätigkeiten nach dem zeitlichen Aufwand geordnet. Es zeigt sich, dass 35,1 Prozent der Bundesjournalisten und 38,5 Prozent der Landesjournalisten Gespräche mit Politikern, Beamten und Interessenvertretern hinsichtlich der zeitlichen Intensität auf den ersten oder zweiten Platz setzen. Direkte Gespräche mit potenziellen Informationsquellen sind damit nur unwichtiger als vorbereitende Tätigkeiten wie Lesen und Themenplanung (Bundesjournalisten: 66 %, Landesjournalisten 61,3 %), aber wichtiger als die Contentproduktion (31,1 % bzw. 36,4 %). Die Analyse der mittleren Lagen zeigt, dass die Priorität solcher Gespräche im Mittel zwischen Bundes- und Landesjournalisten kaum voneinander abweicht und es hier keinen signifikanten Unterschied zwischen den Ebenen gibt (Tab. 2). Ein ähnliches Bild zeigt sich beim zweiten Indikator: Informelle Gespräche sind für alle Journalisten – egal auf welcher Ebene – in gleicher Weise besonders relevant³. Damit zeigen beide Indikatoren, dass es hinsichtlich der Abhängigkeit zwischen Journalismus und Politik keine Unterschiede auf Landes- und Bundesebene gibt.

Auf Seiten der Politik zeigt sich ein ähnliches Bild: 86,0 Prozent der MdB und 81,4 Prozent der MdL sehen eine hohe Relevanz der journalistischen Berichterstattung für den politischen Erfolg.⁴ Im Mittel zeigt sich, dass es hier keinen Unterschied zwischen Bundes- und Landespolitikern gibt (Tab. 2). Folglich bestätigen sich Ergebnisse anderer Studien nicht (z. B. Pontzen 2006), nach denen Politiker Medien auf Landesebene eine geringere Relevanz zuweisen.

Damit zeigt sich deskriptiv, dass Bundesjournalisten in Gespräche mit Politikern, Beamten und Interessenvertretern etwas mehr Zeit investieren. Auch scheint die Relevanz der politischen Berichterstattung für den politischen Erfolg für Bundespolitiker geringfügig höher zu sein. Im Mittel nivellieren sich diese Unterschiede jedoch, und bis auf den signifikanten Unterschied bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit – die sich jedoch

2 Die statistischen Tests beziehen sich auf ordinalskalierte Variablen, da in der Prüfung der Ergebnisse keine Normalverteilung bei den untersuchten Variablen festgestellt werden konnte. In der Regel ist das für den Vergleich zwischen Landes- und Bundesebene der Kruskal-Wallis-Test.

3 92,0 % der Bundesjournalisten und 92,1 % der Landesjournalisten stimmen der Aussage „Die besten Informationen erhält man nicht auf offiziellen Anlässen, sondern in informellen Gesprächen“ voll oder eher zu.

4 Das abgefragte Item lautet: „Die politische Berichterstattung ist für den Erfolg/Misserfolg von Politik entscheidend“; Fünferskala von 1 „stimme voll zu“ bis 5 „stimme überhaupt nicht zu“.

Tabelle 2: Einfluss der Akteursebene auf Abhängigkeitsindikatoren

Akteure:	Bundesjournalisten (n=98-102)	Landesjournalisten (n=227-236)	H	Eta ² (n)
Abhängige Variablen	„stimme voll zu“/ „stimme eher zu“ in % (MW/ SD)	„stimme voll zu“/ „stimme eher zu“ in % (MW/SD)		
Wofür brauchen Sie bei Ihrer Arbeit am meisten Zeit? ¹	35,1 (3,25/1,859)	38,5 (3,28/1,803)	0,170	0,000 (338)
Gespräche mit Politikern/Beamten/ Interessenvertretern etc.				
Die besten Informationen erhält man nicht auf offiziellen Anlässen, sondern in informellen Gesprächen. ²	92,0 (1,59/0,726)	92,1 (1,65/0,689)	0,911	0,002 (329)
Die Medien (in meinem Bundesland) stehen in einem großen Wettbewerb zueinander. ^{2,***}	84,8 (1,79/0,884)	59,5 (2,48/1,184)	25,385***	0,078 (326)
Akteure:	MdB (n=64)	MdL (n=345)		
Die politische Berichterstattung ist für den Erfolg/ Misserfolg von Politik entscheidend. ²	86,0 (2,02/0,724)	81,4 (2,04/0,825)	0,004	0,000 (409)

¹Werte basieren auf neunstufiger Rangordnung; ²Werte basieren auf fünfstufigen Skalen (1=„stimme völlig zu“, 3=„weder noch“, 5=„stimme überhaupt nicht zu“); df=1; n und Mittelwert in Klammern.

*p < .05; ** p < .01; *** p < .001 (zweiseitig).

nicht auf die anderen Variablen auszuwirken scheint –, lassen sich keine weiteren signifikanten Unterschiede zwischen Landes- und Bundesebene hinsichtlich der Indikatoren zur gegenseitigen Abhängigkeit feststellen (Tab. 2). Damit muss Hypothese 1.1 verworfen werden.

Der Wettbewerb zwischen den Medien wird von Journalisten auf Bundesebene in der Regel als deutlich intensiver eingeschätzt als auf Landesebene (Tab. 2). Die Hypothese 1.2 kann damit weitgehend bestätigt werden. Die Standardabweichung zeigt jedoch, dass Landesjournalisten innerhalb ihrer Gruppe in diesem Fall keine einheitliche Einschätzung aufweisen – so ist die Einschätzung für Berlin und Hamburg vergleichbar mit der auf der Bundesebene.⁵ Nennenswerte Korrelationen zwischen der Wahrneh-

5 Das ist der einzige Fall bei den Landesjournalisten, bei dem eine heterogene Einschätzung der relevanten Items vorliegt (Kap. 4). Kruskal-Wallis-Test und Mediantest für k unabhängige Stichproben zeigen, dass es signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern gibt (Journalisten: H=33,06, df=15, p=0,005): Ein besonders starker Wettbewerb wird von den Landesjournalisten in Berlin und Hamburg wahrgenommen, ein besonders schwacher in Sachsen-Anhalt, Saarland, Schleswig-Holstein, Bremen, Thüringen und Rheinland-Pfalz. Kruskal-Wallis-Test und Mediantest zeigen für Berlin (H=0,007, Eta²=0,000, p=0,781, n=118) bzw. Hamburg (H=0,220, Eta²=0,002, p=0,639, n=133) keine signifikanten Unterschiede zur wahrgenommenen Medienkonkurrenz auf Bundesebene.

mung des medialen Wettbewerbs und den überprüften Abhängigkeitsindikatoren lassen sich jedoch weder für Landes- noch Bundesebene feststellen.⁶

5.2 *Autonomie von Journalismus und Politik*

Journalisten orientieren sich in erster Linie an ihren Publika, während organisationsinterne Gruppen wie Kollegen und Vorgesetzte eine durchschnittliche sowie funktions-systemexterne Gruppen eher eine geringe Relevanz haben (Tab. 3). Ein signifikanter Unterschied zwischen Landes- und Bundesjournalisten existiert nur in der Orientierung an politischen Parteien, an denen sich Landesjournalisten stärker orientieren. Bei den Politikern ist das Ergebnis ähnlich: Sie orientieren sich in erster Linie an ihren Wählern (große Orientierung) und in zweiter Linie an organisationsinternen sowie den funktions-systemexternen Gruppen der Familie, Freunde und Bekannten, Gewerkschaften sowie anderen sozialen und religiösen Institutionen (mittlere bis große Orientierung). Hier fallen lediglich die Medien und die Wirtschaftsverbände bzw. Unternehmen mit einer mittleren bis geringen Orientierung zurück. Ein Unterschied zwischen Landes- und Bundesebene konnte im Vergleich der mittleren Lage nicht festgestellt werden.

Damit orientieren sich Journalisten und Politiker primär an ihren Publika bzw. Wählern und sekundär an organisationsinternen Bezugsgruppen. Die funktions-systemexternen Bezugsgruppen spielen in der Regel eine eher geringe Rolle. Insgesamt zeigt sich, dass sich Politiker an allen Gruppen in höherem Maße orientieren als Journalisten. Bei der Orientierung am privaten Umfeld sind zwei Ergebnisse auffallend: Einerseits orientieren sich Politiker insgesamt deutlich stärker an ihrem privaten Umfeld als Journalisten, andererseits ist diese Orientierung bei Bundespolitikern noch stärker ausgeprägt als bei Landespolitikern. Dies kann so interpretiert werden, dass Familie, Freunde und Bekannte für Politiker eine wichtige Reflexionsinstanz sind, deren Urteil sie vertrauen. Je öffentlich sichtbarer ein Politiker ist, desto wichtiger wird dieser „sichere Hafen“. Journalisten hingegen sind auf diese Instanz nicht in vergleichbarer Weise angewiesen, weil sie wesentlich „anonymer“ arbeiten können. Insgesamt zeigt sich mit Blick auf die Analyse der mittleren Lage, dass Hypothese 2 verworfen werden muss (Tab. 3).

Zudem wurde untersucht, ob andere Variablen einen Einfluss auf die Autonomie haben. Zum einen wurde dazu nach privaten Kontakten zu Akteuren des anderen Systems gefragt, da diese zu Konflikten zwischen Berufs- und Privatrolle führen können. So können viele private Kontakte zur anderen Seite die Autonomie gefährden, wenn damit die Orientierung an systeminternen Gruppen abnimmt und die an systemfremden Gruppen deutlich zunimmt. Die Befragung zeigt, dass es zwar zahlreiche Freundschaften zwischen Journalisten und Politikern gibt, die Freundschaften von Journalisten zu Kollegen sowie von Abgeordneten zu anderen Politikern überwiegen jedoch deutlich. Eine Korrelation zwischen der Anzahl der Freundschaften und der Orientierungen zur anderen Seite kann empirisch nicht nachgewiesen werden. Journalisten und Politiker scheinen hier also zwischen der persönlichen und der beruflichen Ebene trennen zu können. Saxer (1992) hat für Schweizer Korrespondenten zudem zeigen können, dass sich ein Journalist im Laufe der Zeit mehr an Politikern und weniger am Publikum und seinen Kollegen orientiert. Für Journalisten lassen sich hier – im Gegensatz zu Politikern – Zusammenhänge nachweisen: So orientieren sich Bundesjournalisten im Laufe der Zeit (Mitgliedschaft in der BPK) zunehmend an politischen Parteien. Landesjournalisten tun dies nicht.

6 Als „nennenswerte“ Korrelationen werden für diese Studie alle Korrelationen mit Werten von $Tau-B > 0,2$ betrachtet.

Tabelle 3: Einfluss der Akteursebene auf die Orientierung

Abhängige Variablen ¹	Akteure: Bundesjournalisten (n=100-107)		Landesjournalisten (n=224-235)	
	„sehr groß“/ „eher groß“ in % (MW/ SD)	„sehr groß“/ „eher groß“ in % (MW/ SD)	„sehr groß“/ „eher groß“ in % (MW/ SD)	H (n)
An welchen Personengruppen und Verbänden orientieren Sie sich bei Ihrer Arbeit? Die Orientierung an ...				
... der mittleren redaktionellen Führungsebene (z. B. Ressortleiter).	31,0 (3,26/ 1,203)	35,3 (3,04/ 1,225)	2,402 (324)	
... der oberen redaktionellen Führungsebene (z. B. Chefredakteure/ Programmredaktoren).	32,4 (3,23/ 1,310)	28,4 (3,22/ 1,174)	0,053 (329)	
... anderen Redakteuren.	19,3 (3,34/ 1,074)	24,4 (3,31/ 1,075)	0,145 (332)	
... Lesern/Hörern/Zuschauern.	62,6 (2,45/ 1,092)	58,1 (2,50/ 1,117)	0,166 (341)	
... Verlegern/Verlag/Intendanten/Aufsichtsgremien.	8,8 (4,28/ 1,004)	4,4 (4,31/ 0,897)	0,050 (331)	
... politischen Parteien.**	4,9 (4,31/ 0,879)	7,8 (4,03/ 0,959)	6,978** (333)	
... Familie, Freunden, Bekannten.	10,7 (3,83/ 1,052)	8,7 (3,93/ 1,000)	0,713 (332)	
... Unternehmen und Wirtschaftsverbänden.	7,8 (4,17/ 0,944)	3,9 (4,21/ 0,890)	0,034 (338)	
... Gewerkschaften und anderen sozialen/ religiösen Institutionen (Kirchen, Sportverbände etc.).	7,7 (4,13/ 0,935)	11,5 (3,90/ 1,054)	3,326 (338)	
Akteure:	MdB (n=63-67)	MdL (n=355-359)		
... der Fraktionsführung.	60,6 (2,30/ 0,764)	62,5 (2,29/ 0,933)	0,205 (423)	
... der Parteiführung.	37,8 (2,68/ 0,727)	43,4 (2,69/ 0,886)	0,066 (421)	
... Fraktionskollegen.	43,9 (2,59/ 0,764)	43,9 (2,66/ 0,809)	0,261 (421)	
... Wählern.	85,1 (1,96/ 0,747)	85,2 (1,82/ 0,724)	1,941 (426)	
... den Medien.	16,4 (3,43/ 0,925)	22,3 (3,21/ 0,963)	2,67 (426)	
... Familie, Freunden, Bekannten.	47,6 (2,63/ 0,903)	38,5 (2,89/ 1,073)	3,622 (421)	
... Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. ²	13,6 (3,35/ 0,794)	23,1 (3,31/ 1,053)	0,069 (422)	
... Gewerkschaften und anderen sozialen/ religiösen Institutionen (Kirchen, Sportverbände etc.).	39,4 (2,82/ 0,875)	41,5 (2,79/ 0,952)	0,025 (425)	

¹ Werte basieren auf fünfstufigen Skalen (1=„sehr groß“, 3=„mittel“, 5=„sehr gering“); df=i; n und Median in Klammern; * p < .05; ** p < .01; *** p < .001 (zweiseitig).

² Hier zeigt sich der einzige Fall für eine Heterogenität bei den Landespolitikern (Kap. 4). Kruskal-Wallis und Median-Test zeigen Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern (H=25,702, Eta²=0,072, p=0,041, n=354). Die Orientierung an Unternehmen und Wirtschaftsverbänden ist in Berlin, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen besonders gering.

5.3 Steuerungskompetenz

Die Steuerungskompetenz wurde in der Untersuchung über die gegenseitige Kenntnis der jeweiligen Selektionskriterien operationalisiert. Dabei wurden Politiker und Journalisten jeweils nach der Relevanz der eigenen wie auch der Kriterien der anderen Seite gefragt. Um die Steuerungskompetenz abzuleiten, wurden Mittelwertdifferenzen gebildet, die Auskunft darüber geben, ob eine Gruppe im Mittel die Kriterien der anderen Seite kennt. So sehr die Erfolgchancen eines singulären „Tauschgeschäftes“ zwischen einem Politiker und einem Journalisten davon abhängen, dass die eine Seite die konkreten Selektionskriterien der anderen Seite bedient, so ist angesichts der Vielzahl der Kontakte von Politikern und Journalisten nicht davon auszugehen, dass sie die spezifischen Selektionskriterien jeder einzelnen Kontaktperson kennen. So haben MdB im Durchschnitt 10,53 (SD=11,27) relevante journalistische Kontakte, MdL immerhin noch 6,83 (SD=7,20). Bundesjournalisten haben im Durchschnitt 44,74 (SD=45,72) relevante politische Kontakte, Landesjournalisten 28,71 (SD=36,87). Daher wurde hier mit aggregierten Werten gearbeitet.

Bei den journalistischen Selektionskriterien zeigt sich, dass diese innerhalb der Gruppe der Landesjournalisten bzw. der Bundesjournalisten relativ homogen ausgeprägt sind. Mit Blick auf die Steuerungskompetenz der Politiker zeigt sich, dass sich die Landespolitiker und mit Abstrichen auch die Bundespolitiker sehr gut auf die journalistischen Selektionskriterien eingestellt haben (Tab. 4). Wird der Durchschnitt aller Mittelwertdifferenzen betrachtet, zeigt sich sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene eine sehr geringe Abweichung der Mittelwerte. Lediglich einige Kriterien werden auf beiden Ebenen gleichermaßen unterschiedlich eingeschätzt: So werden die Relevanz von Faktizität sowie die persönliche Relevanz für die Bürger von den Politikern unterschätzt und die Negativität überschätzt.

Bei den politischen Selektionskriterien zeigt sich zunächst, dass diese innerhalb der Gruppe der Landespolitiker bzw. der Bundespolitiker ähnlich homogen ausgeprägt sind wie die journalistischen Kriterien bei den Journalisten. Mit Blick auf die Steuerungskompetenz der Journalisten deuten die Daten darauf hin, dass die Journalisten die politischen Selektionskriterien eher weniger gut kennen (Tab. 5). Wird der Durchschnitt aller Mittelwertdifferenzen betrachtet, zeigt sich sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene eine deutliche Abweichung der Mittelwerte, die etwa doppelt so hoch ist wie die der journalistischen Kriterien. Dies scheint insbesondere damit zusammenzuhängen, dass die Journalisten sowohl auf Landes- als auch Bundesebene deutlich unterschätzen, dass es im Sinne der Politiker sein kann, wenn sie nicht namentlich in der Berichterstattung erwähnt werden. Eine deutliche Differenz zwischen Landes- und Bundesebene lässt sich nicht erkennen.

Die Befunde zeigen, dass sich die Politiker insgesamt sehr gut auf die journalistischen Selektionskriterien eingestellt haben. Einen nennenswerten Unterschied in diesen Befunden gibt es zwischen der Bundes- und Landesebene insgesamt nicht. Hinsichtlich der politischen Selektionskriterien zeigt sich, dass die Journalisten deutlich schlechter auf die Selektionskriterien des politischen Systems eingestellt sind. Da sich auch hier keine wesentlichen Unterschiede⁷ zwischen der Bundes- und Landesebene zeigen, muss Hypothese 3 verworfen werden.

7 Eine durchschnittliche Abweichung bei politischen bzw. journalistischen Kriterien größer 0,25 wird als signifikant verstanden.

Tabelle 4: Steuerungskompetenz – Journalistische Selektionskriterien im Mittelwertvergleich

Kriterium	Landesebene			Bundesebene			
	Landes- journalisten (n=222-242)	Landes- politiker (n=345-367)	MW (SD)	Bundes- journalisten (n=99-111)	Bundes- politiker (n=64-67)	MW (SD)	MW-Diffe- renz
Journalisten: Wie beurteilen Sie die Relevanz der folgenden Auswahlkriterien für Ihre landespolitische Berichterstattung?							
Politiker: Auf welche Faktoren legen Journalisten Ihrer Meinung nach bei der landespolitischen Berichterstattung am meisten Wert?							
Visualisierbarkeit	2,84 (1,270)	2,83 (0,958)	2,84 (1,270)	3,08 (1,240)	2,97 (0,872)	0,11	0,11
Exklusivität	2,15 (1,069)	2,20 (0,953)	2,15 (1,069)	2,20 (1,262)	2,02 (0,813)	0,18	0,18
Konflikt	1,79 (0,777)	1,58 (0,624)	1,79 (0,777)	1,93 (0,747)	1,48 (0,587)	0,46	0,46
Zeitliche Aktualität	1,67 (0,773)	2,02 (0,868)	1,67 (0,773)	1,65 (0,746)	1,94 (0,763)	0,29	0,29
Personalisierung	2,10 (0,784)	1,68 (0,720)	2,10 (0,784)	2,13 (0,814)	1,58 (0,678)	0,55	0,55
Prominenz der Akteure	2,27 (0,821)	1,61 (0,640)	2,27 (0,821)	2,07 (0,879)	1,51 (0,587)	0,57	0,57
Persönliche Relevanz für Bürger	1,60 (0,784)	2,63 (0,918)	1,60 (0,784)	1,86 (0,883)	2,61 (0,820)	0,75	0,75
Negativität	3,02 (0,923)	1,96 (0,792)	3,02 (0,923)	3,02 (1,020)	1,96 (0,684)	1,06	1,06
Faktizität	1,91 (0,828)	3,23 (0,869)	1,91 (0,828)	1,98 (0,840)	3,33 (0,746)	1,35	1,35
<i>Gesamt journalistische Kriterien</i>						5,14	5,32
<i>Gesamt journalistische Kriterien (MW)</i>						0,57	0,59

Fünferskala von 1 „sehr wichtig“ bis 5 „sehr unwichtig“; Standardabweichung in Klammern.

Tabelle 5: Steuerungskompetenz: Politische Selektionskriterien im Mittelwertvergleich

Kriterium	Landesebene		Bundesebene		MW-Differenz
	Landesjournalisten (n=222-242)	Landespolitiker (n=345-367)	Bundesjournalisten (n=99-111)	Bundespolitiker (n=64-67)	
Journalisten: Die Beziehung zwischen Journalisten und Politikern wird mitunter als „Tauschbeziehung“ beschrieben. Wie wichtig sind als Gegenleistungen für exklusive Informationen in Ihrem Alltag die folgenden Aspekte?	MW (SD)	MW (SD)	MW (SD)	MW (SD)	MW-Differenz
Politiker: Die Beziehung zwischen Journalisten und Politikern wird mitunter als „Tauschbeziehung“ beschrieben. Wie wichtig sind als Gegenleistungen für Publizität in Ihrem Alltag die folgenden Aspekte?	MW (SD)	MW (SD)	MW (SD)	MW (SD)	MW-Differenz
Namentliche Nennung des Politikers bzw. meines Namens im Bericht (positiver Zusammenhang).	2,92 (1,166)	2,27 (0,946)	2,77 (1,136)	2,15 (0,846)	0,62
Nicht-Nennung des Politikers in einem kritischen Bericht.	3,95 (1,127)	3,19 (0,902)	3,87 (1,155)	3,24 (0,912)	0,63
Namentliche Nennung des Politikers bzw. meines Namens bei der Berichterstattung zu einem anderen Thema.	3,92 (0,996)	2,99 (0,993)	3,73 (1,124)	2,88 (0,814)	0,85
Berichterstattung im Sinne des Politikers bzw. in meinem Sinne (ohne Namensnennung).	3,59 (1,098)	2,30 (0,882)	3,56 (1,007)	2,23 (0,719)	1,34
Berichterstattung im Sinne der Partei des Politikers bzw. meiner Partei.	4,03 (1,035)	2,23 (0,883)	4,01 (1,032)	2,33 (0,883)	1,67
<i>Gesamt politische Kriterien</i>					5,43
<i>Gesamt politische Kriterien (MW)</i>					1,09
Gesamt Kriterien (journ./ pol.)					10,57
Gesamt Kriterien (journ./ pol.) (MW)					0,76

Fünferskala von 1 „sehr wichtig“ bis 5 „sehr unwichtig“; Standardabweichung in Klammern; „Gesamt Kriterien“ bezieht Daten aus Tabelle 4.

5.4 Journalistisches Rollenselbstverständnis und Erwartungen der Politiker

In welchem Ausmaß können Journalisten ihr journalistisches Rollenselbstverständnis realisieren? Dazu wurden für den Journalismus zunächst das Rollenselbstverständnis und die Handlungsrelevanz erhoben, die auf den von Saxer (1992: 159) verwendeten Items beruhen. Journalisten wollen in erster Linie komplexe Sachverhalte erklären, Zusammenhänge aufzeigen und Missstände kritisieren. Die größten Differenzen zwischen Rollenselbstverständnis und Handlungsrelevanz sind sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene die Überwachung von Verwaltung und Politik und die Vermittlung komplexer Sachverhalte. Insgesamt jedoch scheinen die Journalisten ihre Rollenvorstellungen in der Praxis recht gut umsetzen zu können, wobei es hier im Mittel keine relevanten Unterschiede zwischen Bundes- und Landesebene gibt (Tab. 6)⁸. Daher muss Hypothese 4.1 verworfen werden.

Wie zufrieden sind auf der anderen Seite Politiker mit der Berichterstattung? Politiker wünschen sich vor allem die Vermittlung und Erklärung komplexer Sachverhalte, das Aufzeigen von Zusammenhängen und einen neutral informierenden Journalismus. Genau bei diesen normativen Erwartungen gibt es auch die größten Differenzen zum tatsächlich beobachteten Journalismus. Insgesamt zeigt sich eine deutliche Unzufriedenheit der Politiker mit dem Journalismus, die sich auch darin äußert, dass sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene die durchschnittliche Gesamtmittelwertdifferenz drei Mal so hoch ist wie die zwischen dem journalistischen Rollenselbstverständnis und der Handlungsrelevanz. Unterschiede zwischen Bundes- und Landespolitikern treten in einzelnen Kriterien lediglich minimal auf und nivellieren sich im Mittel, so dass Hypothese 4.2 verworfen werden muss (Tab. 7).⁹

Wie wird die journalistische Berichterstattung auf Landes- und Bundesebene von beiden Seiten insgesamt charakterisiert? Dazu wurden zunächst die Items in Anlehnung an Weischenberg (1995: 111-119; ders./Scholl 1998: 166-177) zu den drei Berichterstattungsmustern Informationsjournalismus, unterhaltender Servicejournalismus und investigativer Journalismus verdichtet und anschließend die Einschätzungen zum tatsächlich beobachteten Journalismus bzw. zur Handlungsrelevanz von beiden Seiten zusammengefasst. Bei allen drei Berichterstattungsmustern gibt es hinsichtlich ihrer Verbreitung keine großen Unterschiede zwischen der Bundes- und Landesebene. Während auf Landesebene der investigative Journalismus als am weitesten verbreitet angesehen wird, liegt er auf Bundesebene in etwa mit dem unterhaltenden Servicejournalismus gleich auf (Abb. 1). Damit muss Hypothese 4.3 ebenfalls verworfen werden¹⁰.

6. Fazit

In der Studie sind die Unterschiede der Politik-Journalismus-Beziehungen auf Bundes- und Landesebene untersucht worden. Dabei wurden bewusst Indikatoren wie die eingesetzten personellen und finanziellen Ressourcen oder genutzten PR-Maßnahmen zur Ansprache der Journalisten zwischen den Ebenen nicht untersucht, da diese durch die höheren Mitarbeiterpauschalen auf Bundesebene erwartbar umfangreicher sind. Statt-

8 Eine durchschnittliche Abweichung der Differenz von Rollenverständnis und Handlungsrelevanz größer 0,25 wird als signifikant verstanden.

9 Eine durchschnittliche Abweichung der Differenz von Rollenverständnis und Handlungsrelevanz größer 0,25 wird als signifikant verstanden.

10 Eine durchschnittliche Abweichung der Berichterstattungsmuster größer 0,25 wird als signifikant verstanden.

Tabelle 6: Journalistisches Rollenverständnis vs. Handlungsrelevanz

Kriterium	Landesjournalisten		Bundesjournalisten		MW-Differenz
	Handlungsrelevanz (Ist) (n=242-262)	Journalismusverständnis (Soll) (n=272-288)	Handlungsrelevanz (Ist) (n=109-119)	Journalismusverständnis (Soll) (n=115-131)	
	MW (SD)	MW (SD)	MW (SD)	MW (SD)	
Ist: Tatsächlich schaffe ich es in meinem Beruf					
... Soll: In meinem Beruf sollte es darum gehen ...					
... das Publikum/ Leser (zu) unterhalten.	2,51 (1,000)	2,58 (1,108)	2,54 (0,908)	2,70 (1,168)	0,16
... unterprivilegierte Bevölkerungsteile (zu) vertreten.	3,11 (1,127)	3,01 (1,242)	3,35 (1,072)	3,43 (1,218)	0,08
... politische Konflikte (zu) vermindern.	4,02 (0,983)	4,20 (0,966)	4,12 (1,007)	4,17 (1,034)	0,05
... neue Ideen (zu) vermitteln.	2,46 (0,961)	2,21 (0,977)	2,50 (0,987)	2,33 (1,055)	0,17
... neutral (zu) informieren.	1,73 (0,772)	1,42 (0,691)	1,99 (0,870)	1,50 (0,774)	0,49
... den Parteien (zu) helfen, ihre Absichten bekannt zu machen.	3,14 (1,136)	3,53 (1,184)	3,19 (1,251)	3,55 (1,251)	0,36
... Landes-/Bundesregierung bzw. -parlament (zu) helfen, ihre Absichten bekannt zu machen.	2,81 (1,165)	3,26 (1,273)	3,04 (1,130)	3,36 (1,323)	0,32
... Missstände (zu) kritisieren.	1,80 (0,711)	1,34 (0,581)	1,92 (0,666)	1,38 (0,576)	0,53
... Zusammenhänge auf(zu)zeigen.	1,68 (0,712)	1,18 (0,438)	1,59 (0,573)	1,18 (0,539)	0,41
... komplexe Sachverhalte (zu) erklären und (zu) vermitteln.	1,65 (0,715)	1,13 (0,440)	1,66 (0,745)	1,10 (0,300)	0,56
... Politik und Verwaltung (zu) überwachen.	2,27 (1,025)	1,51 (0,841)	2,33 (0,928)	1,52 (0,639)	0,81
<i>Gesamt (MW)</i>					
					3,94
					0,36

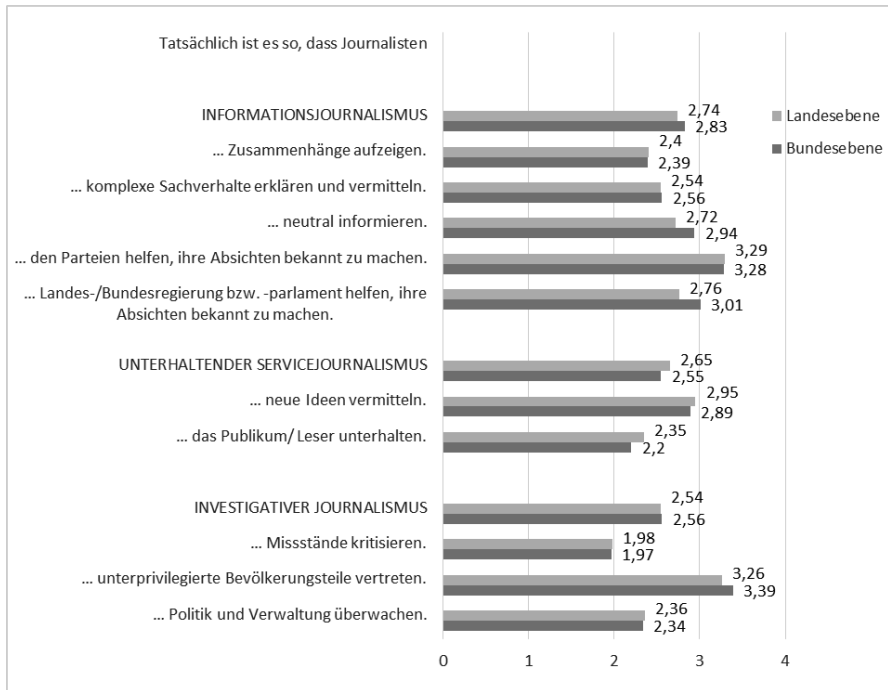
Fünferskala von 1 „sehr wichtig“ bis 5 „sehr unwichtig“; Standardabweichung in Klammern.

Tabelle 7: Journalistisches Rollenverständnis – Einschätzung Politiker

Kriterium	Landespolitiker			Bundespolitiker		
	Journalismus Ist (n=364-373) MW (SD)	Journalismus Soll (n=379-393) MW (SD)	MW-Differenz	Journalismus Ist (n=65-67) MW (SD)	Journalismus Soll (n=67-68) MW (SD)	MW-Differenz
Ist: Tatsächlich ist es so, dass Journalisten ...						
Soll: Journalisten sollen ...						
... das Publikum/ Leser (zu) unterhalten.	2,18 (0,922)	2,57 (0,995)	0,38	1,86 (0,839)	2,46 (1,047)	0,59
... Politik und Verwaltung (zu) überwa- chen.	2,50 (0,988)	2,04 (1,045)	0,45	2,35 (0,832)	2,00 (0,953)	0,34
... Missstände (zu) kritisieren.	2,16 (0,872)	1,60 (0,594)	0,55	2,01 (0,663)	1,62 (0,692)	0,39
... unterprivilegierte Bevölkerungsteile (zu) vertreten.	3,40 (1,137)	2,82 (1,149)	0,58	3,42 (1,102)	2,90 (1,174)	0,51
... Landes-/Bundesregierung bzw. -parla- ment (zu) helfen, ihre Absichten bekannt zu machen.	2,71 (1,065)	1,95 (0,980)	0,75	2,97 (0,984)	2,13 (0,911)	0,83
... politische Konflikte (zu) vermindern.	4,07 (0,898)	3,31 (1,176)	0,76	4,11 (0,747)	3,35 (1,062)	0,75
... neue Ideen (zu) vermitteln.	3,43 (1,003)	2,39 (0,995)	1,03	3,28 (0,893)	2,28 (0,867)	0,99
... den Parteien (zu) helfen, ihre Absichten bekannt zu machen.	3,43 (1,021)	2,19 (0,907)	1,23	3,36 (0,995)	2,21 (0,939)	1,15
... Zusammenhänge auf(zu)zeigen.	3,11 (1,036)	1,34 (0,578)	1,76	3,18 (0,952)	1,31 (0,465)	1,87
... komplexe Sachverhalte (zu) erklären und (zu) vermitteln.	3,42 (1,069)	1,29 (0,548)	2,12	3,46 (0,959)	1,26 (0,477)	2,19
... neutral (zu) informieren.	3,71 (1,080)	1,34 (0,685)	2,37	3,88 (0,814)	1,51 (0,855)	2,36
Gesamt			11,98			11,97
Gesamt (MW)			1,09			1,09

Fünferskala von 1 „sehr wichtig“ bis 5 „sehr unwichtig“; Standardabweichung in Klammern.

Abbildung 1: Berichterstattungsmuster (Mittelwerte)



Fünferskala von 1 „sehr wichtig“ bis 5 „sehr unwichtig“, n vgl. Tabelle 7.

dessen wurden vor allem die jeweiligen Erwartungen untersucht, denn strukturelle Kopplung ist „dieselbe Einrichtung, auf die zwei Systeme ihre Erwartungen in Bezug auf das jeweils andere System konzentrieren“ (Brodocz 2003: 83).

Während die wenigen vorliegenden und oft anekdotischen Beschreibungen zu den Unterschieden zwischen der Bund-Länder-Ebene den – pointiert formuliert – friedlichen und geruhsamen Beziehungen auf Landesebene eine hektische und rücksichtslose Bundesebene gegenüberstellen, führt die Untersuchung zu einem weitgehend anderen Bild. Entgegen den aus dem Forschungsstand abgeleiteten Hypothesen sind Bundesakteure nicht abhängiger und weniger autonom, sie verfügen auch nicht über eine höhere Steuerungskompetenz. Ebenso können Bundeskorrespondenten ihre Ziele nicht besser realisieren, während sich die Unzufriedenheit der Bundespolitiker mit der journalistischen Berichterstattung sich nicht deutlich von der der Landespolitiker unterscheidet. Und auch hinsichtlich der beobachteten Berichterstattungsmuster gibt es keine signifikanten Unterschiede.

Die Ergebnisse der Studie können so interpretiert werden, dass insbesondere die anekdotischen Beschreibungen zu den Bund-Länder-Unterschieden zu vordergründig gewesen sind, indem sie Unterschiede zu sehr an den jeweiligen Ressourcen und der unterschiedlichen Zahl der Akteure festgemacht haben. Das Berliner Treiben mag vielen als glamouröser und geheimnisumwitterter erscheinen (z. B. Mielke 2003: 90), hinsichtlich der Erwartungen der Akteure unterscheidet es sich nur unwesentlich von dem in

Saarbrücken und Erfurt. Wenn frühere Studien auf der Landesebene eine geringere Abhängigkeit von den Medien konstatierten, dann liegt die – nicht zu belegende – Vermutung nahe, dass es in den vergangenen Jahren insgesamt zu einer Angleichung zwischen Bundes- und Landesebene gekommen ist.

Diese Befunde überraschen umso mehr, da die Hypothese zur wahrgenommenen Wettbewerbssituation bestätigt wurde. Damit zeigt sich, dass die wahrgenommene Wettbewerbssituation keine Auswirkungen auf die untersuchten Beziehungsaspekte hat. Für die Annahme einer „Berliner Käseglocke“ spricht lediglich, dass bundespolitische Korrespondenten mit zunehmender Zeit in höherem Maße die Distanz zur Politik verlieren als landespolitische Korrespondenten.

Mit Blick auf die Fallzahlen konnten Unterschiede zwischen den Ländern nicht mehr ausgewertet werden. Eine zusätzliche Überprüfung der Hypothesen hat allerdings gezeigt, dass es zwischen kleinen und großen Bundesländern keine nennenswerten Unterschiede gab. Zudem fallen die Abweichungen innerhalb der Befragungsgruppen auf Landesebene insgesamt nur sehr gering aus – bei Journalisten und Politikern gab es jeweils nur eine Abweichung. Daher erscheint es plausibel, von relativ homogenen Länderebenen zu sprechen.

Die Gründe für die geringen Unterschiede zwischen der Bundes- und Landesebene einerseits und zwischen einzelnen Bundesländern andererseits dürften vielfältig sein. Sie beginnen bei den ähnlichen institutionellen Rahmenbedingungen. So ist das Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene weitestgehend vergleichbar. Zudem strukturieren die Bundes- und Landespressekonferenzen als institutioneller Rahmen zumindest die formalen Beziehungen in ähnlicher Weise. Schließlich ist zu vermuten, dass die intensive Medienberichterstattung über die Verhältnisse unter der „Berliner Käseglocke“ zu einer Angleichung geführt hat. Diese Gründe können hier nur vermutet werden und müssten in einer Nachfolgestudie genauer untersucht werden. Eine Längsschnittuntersuchung könnte zeigen, ob es zu einer weiteren Angleichung kommt. Dabei sollte z. B. durch eine CATI-Umfrage anstelle der Online-Befragung versucht werden, insbesondere bei Bundestagsabgeordneten eine höhere Rücklaufquote zu realisieren. Zudem wäre eine Ausweitung der Gruppe der befragten Journalisten über die LPK und die BPK hinaus bedeutsam, da mit dem Umbruch der institutionalisierten Medien auch neue Kanäle der Meinungsbildung entstehen.

Jenseits der Bund-Länder-Unterscheidung zeigen die Ergebnisse insgesamt für die Beziehungen zwischen Politik und Journalismus, dass der Journalismus von der Politik als wichtig für den politischen Erfolg bewertet wird. Zudem sprechen die Indikatoren für ein hohes Maß an journalistischer und politischer Autonomie. Schließlich können die teilweise deutlichen Diskrepanzen bei den jeweiligen Selektionskriterien einerseits als Ausdruck der systemspezifischen egoistischen Perspektive interpretiert werden, andererseits als Beleg, dass die Beziehungen zwischen Politik und Journalismus offenkundig doch keine „happy symbiosis“ (Boorstin 1961: 51) sind. Dafür spricht auch, dass rund neun von zehn Politikern und Journalisten schon einmal gravierende Verschlechterungen in den jeweiligen Beziehungen erlebt haben. Diese Ergebnisse widerlegen keine punktuellen symbiotischen Verhältnisse auf einer Mikroebene, durchaus aber die Annahme einer Symbiose bzw. von sich überlappenden Interpenetrationszonen zwischen *der* Politik und *dem* Journalismus. Hier zeigt sich, dass das Konzept der strukturellen Kopplung mehrere Makro-Beschreibungen integrieren kann.

Literatur

- Altmeppen, K.-D. / Greck, R. / Kössler, T. (2016): Journalismus und Medien. In: Löffelholz, M. / Rothenberger, L. (Hg.): *Handbuch Journalismustheorien*. Wiesbaden: Springer VS: 603-618.
- Baerns, B. (1991): *Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluss im Mediensystem* (2. Aufl.). Köln: Wissenschaft und Politik.
- Barth, H. / Donsbach, W. (1992): Aktivität und Passivität von Journalisten gegenüber Public Relations. *Publizistik* 37 (2), 151-196.
- Baugut, P. / Grundler, M.-T. (2009): *Politische (Nicht-)Öffentlichkeit in der Mediendemokratie. Eine Analyse der Beziehungen zwischen Politikern und Journalisten in Berlin*. Baden-Baden: Nomos.
- Best, H. / Edinger, M. / Gerstenhauer, D. / Vogel, L. (2010): *Jenaer Parlamentarierbefragung 2010. Ausgewählte Ergebnisse*. http://www.sfb580.uni-jena.de/typo3/uploads/media/Gesamtergebnis_der_Jenaer_Parlamentarierbefragung_2010.pdf [18.04.2016].
- Boorstin, D. (1961): From news gathering to news making: a flood of pseudo-events. In: Boorstin, D. (Hg.): *The image*. New York: Harper Colophon: 19-54.
- Brodocz, A. (2003). Das politische System und seine strukturellen Kopplungen. In: Hellmann, K.-U., Fischer, K. & Blum, H. (Hg.): *Das System der Politik. Niklas Luhmanns politische Theorie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 80-94.
- Choi, Y.-J. (1995): *Interpenetration von Politik und Massenmedien. Eine theoretische Arbeit zur politischen Kommunikation*. Münster, Hamburg: Lit-Verlag.
- Donges, P. (2008): *Medialisierung politischer Organisationen. Parteien in der Mediengesellschaft*. Wiesbaden: VS.
- Görke, A. (1999): *Risikojournalismus und Risikogesellschaft. Sondierung und Theorieentwurf*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Harmgarth, F. (1997): *Wirtschaft und Soziales in der politischen Kommunikation. Eine Studie zur Interaktion von Abgeordneten und Journalisten*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hoffmann, J. (2003): *Inszenierung und Interpenetration: Das Zusammenspiel von Eliten aus Politik und Journalismus*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Hoffmann, O. / Arlt, H.-J. (2015): *Die nächste Öffentlichkeit. Theorieentwurf und Szenarien*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Jarren, O. / Donges, P. (2011): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung* (3. Aufl.). Wiesbaden: VS.
- Jarren, O. / Röttger, U. (1999): Politiker, politische Öffentlichkeitsarbeiter und Journalisten als Handlungssystem. Ein Ansatz zum Verständnis politischer PR. In: Rolke, L. / Wolff, V. (Hg.): *Wie die Medien die Wirklichkeit steuern und selber gesteuert werden*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 199-221.
- Jarren, O. / Röttger, U. (2009): Steuerung, Reflexion und Interpenetration: Kernelemente einer strukturationstheoretisch begründeten PR-Theorie. In: Röttger, U. (Hg.): *Theorien der Public Relations. Grundlagen und Perspektiven der PR-Forschung* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS: 29-49.
- Kepplinger, H. M. (1999): Die Mediatisierung der Politik. In: Wilke, J. (Hg.): *Massenmedien und Zeitgeschichte*. Konstanz: UVK: 55-63.
- Kister, K. (2012): *Merkels dritter Versuch muss sitzen*. Süddeutsche Zeitung vom 18.2.2012. <http://www.sueddeutsche.de/politik/wulff-ruecktritt-merkels-dritter-versuch-muss-sitzen-1.1287335> [18.04.2016].
- Kohring, M. (1997): *Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus. Ein systemtheoretischer Entwurf*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kohring, M. (2001): Autopoiesis und Autonomie des Journalismus. Zur notwendigen Unterscheidung von zwei Begriffen. *Communicatio Socialis* 34(1), 77-89.
- Kohring, M. (2016): Journalismus als Leistungssystem der Öffentlichkeit. In: Löffelholz, M. / Rothenberger, L. (Hg.): *Handbuch Journalismustheorien*. Wiesbaden: SpringerVS: 165-176.
- Lerch, D. C. (2014): *Wahlkampf in den Bundesländern. Der Einfluss der KandidatInnen und der regionalen politischen Kultur*. Wiesbaden: SpringerVS.

- Löffelholz, M. (2004): Ein privilegiertes Verhältnis. Inter-Relationen von Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit. In: Ders. (Hg.): *Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS: 471-486.
- Luhmann, N. (1987): *Rechtssoziologie* (3. Aufl.). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1994): *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (2002): *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marcinkowski, F. (1993): *Publizistik als autopoietisches System: Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Marcinkowski, F. / Bruns, T. (2004): Autopoiesis und strukturelle Kopplung. Inter-Relationen von Journalismus und Politik. In: Löffelholz, M. (Hg.): *Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS: 487-502.
- Marcinkowski, F. / Nieland, J.-U. (2002): Medialisierung im politischen Mehrebenensystem. Eine Spurensuche im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf. In: von Alemann, U. / Marschall, S. (Hg.): *Parteien in der Mediendemokratie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 81-115.
- Marx, D. (2009): *Landtagsabgeordnete im Fokus der Medien. Ihre Sicht auf Entstehung, Wirkung und Qualität landespolitischer Berichterstattung*. Baden-Baden: Nomos.
- Maturana, H. R. (1985): *Erkennen: Die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit*. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg.
- Maturana, H. R. / Varela, F. J. (1987): *Der Baum der Erkenntnis. Die biologischen Wurzeln des menschlichen Erkennens*. Bern, München: Goldmann.
- Merten, K. (2004): Mikro, Mikro-Makro oder Makro? Zum Verhältnis von Journalismus und PR aus systemischer Perspektive. In: Altmeppen, K.-D. / Röttger, U. / Bentele, G. (Hg.): *Schwierige Verhältnisse. Interdependenzen zwischen Journalismus und PR*. Wiesbaden: VS: 17-36.
- Meyer, T. (2001): *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Meyer, T. (2015): *Die Unbelangbaren. Wie politische Journalisten mitregieren*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mielke, G. (2003): Platzhirsche in der Provinz. Anmerkungen zur politischen Kommunikation und Beratung aus landespolitischer Sicht. In: Sarcinelli, U. / Tenscher, J. (Hg.): *Machtdarstellung und Darstellungsmacht. Beiträge zu Theorie und Praxis moderner Politikvermittlung*. Baden-Baden: Nomos: 87-103.
- Münch, R. (1992): *Dialektik der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Pfetsch, B. (2003): *Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Pfetsch, B. (2014a): Blind spots in the analysis of the media-politics relationship in Europe. In: Pfetsch, B. (Hg.): *Political communication cultures in Western Europe. Attitudes of political actors and journalists in nine countries*. New York: Palgrave: 1-30.
- Pfetsch, B. (Hg.) (2014b): *Political communication cultures in Europe. Attitudes of political actors and journalists in nine countries*. New York: Palgrave.
- Pfetsch, B. / Mayerhöffer, E. (2011): Vordergründige Nähe. Zur Kommunikationskultur von Politik- und Medieneliten in Deutschland. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 59(1), 40-59.
- Plasser, F. (1985): Elektronische Politik und politische Technostruktur reifer Industriegesellschaften. Ein Orientierungsversuch. In: Ders. / Ulram, P. A. / Welan, M. (Hg.): *Demokratierituale. Zur politischen Kultur der Informationsgesellschaft*. Wien, Köln, Graz: Böhlau: 9-31.
- Pontzen, D. (2006): *Nur Bild, BamS und Glotze? Medialisierung der Politik aus Sicht der Akteure*. Münster: Lit-Verlag.
- Pontzen, D. (2013): *Politiker in der Medialisierungsspirale? Eine Abgeordneten-Befragung auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene*. Marburg: Tectum Verlag.
- Raupp, J. (2009): Medialisierung als Parameter einer PR-Theorie. In: Röttger, U. (Hg.): *Theorien der Public Relations. Grundlagen und Perspektiven der PR-Forschung* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS: 265-284.
- Rolke, L. / Metz V. (2006): *Parlamentarier-PR: Die Bedeutung von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Abgeordneten des Deutschen Bundestags 2006*. Berlin: Helios Media.

- Sarcinelli, U. (2009): *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS.
- Saxer, U. (1981): Publizistik und Politik als interdependente Systeme. Zur politischen Funktionalität von Publizistik. *Media Perspektiven* 7, 501-514.
- Saxer, U. (1992): *Bericht aus dem Bundeshaus. Eine Befragung von Bundeshausjournalisten und Parlamentariern in der Schweiz*. Zürich: Seminar für Publizistikwissenschaft der Universität Zürich.
- Scholl, A. / Weischenberg, S. (1998): *Journalismus in der Gesellschaft. Theorie, Methodologie und Empirie*. Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Tenscher, J. (2003): *Professionalisierung der Politikvermittlung? Politikvermittlungsexperten im Spannungsfeld von Politik und Massenmedien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Tenscher, J. (2010): Typen regionaler Politikvermittlung. Politische Führung als kommunikative Aufgabe in den deutschen Bundesländern. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 39(3), 303-320.
- Tenscher, J. (2011): Salto mediale? Medialisierung aus der Perspektive deutscher Landtagsabgeordneter. In: Edinger, M. / Patzelt, W. J. (Hg.): *Politik als Beruf. Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 44: 375-395.
- von Lucius, R. (2011): *Die schwindende Kultur des Schonens*. Frankfurter Allgemeine Zeitung am 16.12.2011. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/hannover-die-schwindende-kultur-des-schonens-11565020.html> [18.04.2016].
- Weischenberg, S. (1995): *Journalistik 2. Medienkommunikation: Theorie und Praxis. Medientechnik, Medienfunktionen, Medienakteure*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Willke, H. (1995): *Systemtheorie III: Steuerungstheorie*. Stuttgart: Gustav Fischer.
- Willke, H. (1996): *Systemtheorie II: Interventionstheorie* (2. Aufl.). Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Willke, H. (1997): *Supervision des Staates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.